



## ISMAIL TIPI MdL



*Ab dem kommenden Schuljahr wird es bei uns in Hessen keinen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mehr in Kooperation mit der Religionsgemeinschaft DITIB geben. Zu diesem Beschluss kam das Kultusministerium nach eingehender Prüfung der Unterlagen und auf Basis aktuellerer gutachterlicher Einschätzungen.*

*Die Zusammenarbeit mit DITIB bestand einige Jahre. Doch wenn die Zweifel an der Erfüllung der notwendigen Kriterien und der Unabhängigkeit von DITIB bis zuletzt nicht ausgeräumt werden konnten, dann kann ich diese Entscheidung nachvollziehen.*

*Damit die Kinder weiterhin religiöse Bildung erfahren, soll der momentan laufende Schulversuch „Islamunterricht“ künftig als staatliches Angebot für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ausgeweitet werden. Der Unterricht wird dann nach vom Land Hessen erarbeiteten Lehrplänen in deutscher Sprache und ausschließlich von staatlichen Lehrkräften erteilt.*

## Liebe Freunde,

es freut mich sehr, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer jüngst ein Betätigungsverbot gegen die libanesische Hisbollah in Deutschland verhängt hat. Damit wurde ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den organisierten Islamismus in Europa unternommen. Mit dem Verbot wurden nun auch kulturelle Einrichtungen, Moscheen, Vereine und Stiftungen verboten, die der Hisbollah zugerechnet werden und alle ihre Aktivitäten auf deutschem Boden mit sofortiger Wirkung untersagt.

Den militanten Gruppen wurden zahlreiche Anschläge auf westliche und jüdische Einrichtungen sowie die Vorbereitung weiterer staatsgefährdender Gewalttaten zugeschrieben. Die libanesische Hisbollah nutzte Deutschland vor allem als Rückzugsraum und zum Sammeln von Spenden. Die über 1.000 potenziell gewaltbereiten Anhänger, die der Hisbollah allein in Deutschland zugerechnet

werden, stehen schon seit Jahren vom Verfassungsschutz unter Beobachtung.

Für mich ist das Verbot ein klares Zeichen an alle Extremisten, Dschihadisten und radikalen Islamisten, die denken, sich in diesem Land hinter augenscheinlich „harmlosen“ Organisationen und Strukturen verbergen zu können. Terroristische Vereinigungen und Aktivitäten haben hier nichts zu suchen und werden von uns nicht toleriert.

Diesen klaren Kurs gegen alle demokratiefeindlichen, islamistischen oder salafistischen Organisationen müssen wir fortsetzen. Wir müssen auch in solchen Krisenzeiten deutlich machen, dass unser Rechtsstaat handlungsfähig ist und mit klarer Kante gegen terroristische Vereinigungen und Gruppierungen sowie deren Anhänger vorgehen.

**Ihr  
Ismail Tipi**



## Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich Ihnen heute die neue Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vorstellen zu können. In dieser Ausgabe befassen wir uns unter anderem mit dem vergangenen Plenum und natürlich dem großen Thema Corona. Aber auch weitere Themen, wie die Entscheidung unseres Kultusministers zur Beendigung der Kooperation mit DITIB, sollen in dieser Ausgabe Beachtung finden.

Wir befinden uns in außergewöhnlichen und herausfordernden Zeiten. Die Ausbreitung des Corona-Virus stellt unsere gesamte Gesellschaft weiterhin vor große und letztlich noch nicht absehbare Herausforderungen. Gerade jetzt, in Zeiten der Krise müssen sich die Bürgerinnen und Bürger umso mehr auf das Funktionieren der staatlichen Institutionen verlassen

können. Die Abgeordneten kamen daher in dieser Woche im Plenarsaal des Hessischen Landtags zusammen. In verkürzter Form und unter Einhaltung der notwendigen Abstandsregelungen und Hygienevorschriften tagte der Landtag an zwei, anstatt der üblichen drei Tage.

Im Mittelpunkt der Plenardebatte stand auch diesmal das Thema Corona. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte in ihrem Beitrag zur Regierungserklärung deutlich, dass wir in Deutschland und in Hessen mit unserem vorbildlichen Krisenmanagement und der herausragenden Solidarität und Akzeptanz in der Bevölkerung zwar schon viel erreicht haben, aber dennoch weiterhin besonnen und vorsichtig bleiben müssen, damit die Corona-Krise bewältigt werden kann.

Eine weitere wichtige Entscheidung der vergangenen Tage war die Beendigung der Kooperation mit DITIB beim islamischen Religionsunterricht. Da der Verband die Zweifel an seiner Unabhängigkeit bis zuletzt nicht ausräumen konnte, wird nach dem Aussetzen der Zusammenarbeit das Fach „Islamunterricht“ ab dem Schuljahr 2020/21 als staatliches Angebot für

Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ausgeweitet.

Mit der Neuregelung der Hessischen Gemeindeverordnung (HGO), können sich Gemeinden zukünftig zwischen dem Ausländerbeirat und der Einrichtung einer Integrations-Kommission entscheiden. Mit diesem Optionsmodell wird gewährleistet, dass Ausländerinteressen in allen Kommunen ausreichend Gehör finden, wobei auch Beiräte, in denjenigen Gemeinden, in denen diese Beteiligungsform etabliert ist, in Zukunft fortgeführt werden können.

Mehr zu diesen und weiteren Themen erfahren Sie in unserer heutigen Ausgabe.

Für weitere Informationen können Sie unsere Internetseite unter [www.cdu-fraktion-hessen.de](http://www.cdu-fraktion-hessen.de) besuchen sowie Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen an [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de) richten.

Eine interessante Lektüre und vor allem Gesundheit wünscht Ihnen

**Holger Bellino**

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

# CORONA-KRISENMANAGEMENT IN HESSEN

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende



Seit über 2 Monaten beherrscht Corona unser tägliches Leben und hat unseren Alltag in vielerlei Hinsicht grundlegend verändert. In dieser Zeit haben wir gemeinsam alles darangesetzt, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Das ist uns glücklicherweise gelungen, Bilder wie in Bergamo oder New York City blieben uns erspart. Bund und Länder haben mehrere milliardenschwere Maßnahmenpakete und Einzelmaßnahmen beschlossen, um der Krise

effizient, pragmatisch und schnellstmöglich entgegenzutreten. Doch auch wenn der schlimmste Verlauf verhindert werden konnte, bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen und die Bewältigung der Corona-Pandemie ein historischer Kraftakt für die Bevölkerung und Wirtschaft.

Als Union ist es uns wichtig, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und das wirtschaftliche Leben erhalten bleiben. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten durch unser Krisenmanagement auf Bundes- und Landesebene sowie der herausragenden Solidarität und Bereitschaft in der Bevölkerung viel erreicht. Durch die harten Einschränkungen und die Disziplin der Bevölkerung konnten die Ansteckungsrate und die Zahl der Neuinfektionen deutlich gesenkt werden. Dennoch

gilt es weiterhin besonnen und vorsichtig zu bleiben, damit die Corona-Krise bewältigt werden kann. Wer jetzt versucht, das positive gesellschaftliche Klima durch populistische Parolen und voreilige Schlüsse und Forderungen zu stören, wird auf unseren Widerstand stoßen. Gerade für uns als Union mit Verpflichtung zum christlichen Menschenbild steht in dieser pandemischen Krisensituation der Schutz von Menschenleben im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Jeder Mensch hat ein Recht auf den Schutz seines Lebens und seiner Gesundheit. Dazu gehört auch, jedem Menschen die bestmögliche medizinische Behandlung zukommen zu lassen.

Um dies zu gewährleisten, darf unsere medizinische Infrastruktur nicht überfordert werden – d.h. die Zahl der Infizierten und daraus unmittelbar abgeleitet die Zahl der schweren Fälle, die eine Versorgung im Krankenhaus und in der Intensivmedizin bedürfen, muss kleiner sein als die Kapazität des Gesundheitssystems. Überforderungssituationen, wie wir sie in Italien, Spanien oder der USA gesehen haben und die in der „Triage“-Praxis enden, in der schwerkranke Menschen nicht mehr behandelt, sondern dem Tod überlassen werden, wollen und müssen wir unbedingt vermeiden. Die Krise und ihre Folgen können wir nur gemeinsam und mit viel Einsatz überwinden.

Bund und Land haben hier in den vergangenen Wochen Außerordentliches geleistet. Gerade in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wirtschaft ist die CDU-geführte Landesregierung immer wieder auf Forderungen eingegangen, hat Anpassungen vorgenommen, sich den

Debatten gestellt und einen klugen Weg zwischen notwendigen Restriktionen und vertretbarer Öffnung gefunden.

Der stärkste Fokus liegt auf dem Gesundheitsbereich.

Nach Expertenmeinung ist kaum ein anderes Bundesland

für die Corona-Krise besser aufgestellt als Hessen. Um das System zu halten und auszubauen, haben wir durch den beschlossenen Nachtragshaushalt nochmals 10 Millionen Euro in die Beschaffung von Beatmungsgeräten und Schutzausstattung investiert. Das Pflegeentgelt wurde zudem von 146 auf 185 Euro erhöht und im ambulanten Bereich den niedergelassenen Ärzten eine 90-prozentige Umsatzgarantie gegeben. Unser Ziel ist es, unser Gesundheitssystem so auszustatten, dass es mit dieser historischen Aufgabe zurechtkommt. Wir müssen diejenigen unterstützen, die seit mehreren Monaten an der Belastungsgrenze arbeiten und werden die Krise nutzen, um noch stärker nach vorne zu denken, insbesondere im Bereich Digitalisierung und Telemedizin.

Im Bereich der Bildung möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass Hessen, trotz vieler Anfeindungen, als 1. Bundesland das Abitur hat ablegen lassen. So haben 96 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Prüfungen mitgeschrieben, obwohl die Teilnahme freigestellt war. Ein Erfolg, der von allen Beteiligten viel Zustimmung erfahren hat. Um nach der schrittweisen Wiederaufnahme des Schulbetriebs, den größtmöglichen Schutz unserer Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, sorgen Land und Schulträger für die hygienischen Grundvoraussetzungen an den Schulen. Neben einem hessenweiten Hygieneplan mit landesweiten Standards, stehen den Schulen u.a. 750.000 Schutzmasken zur Verfügung, falls ein Schüler seine Maske vergessen sollte oder diese defekt ist. Das gleiche gilt für 18.000 Liter Desinfektionsmittel. Auch finanziell unterstützt das Land und übernimmt bei den abgesagten Schüleraustauschen, Studien- und Klassenfahrten die Stornokosten.

Mit Blick auf die Wirtschaft hat der Hessische Landtag zur Bewältigung der Folgen der „Corona-Pandemie“ den größten Nachtragshaushalt seiner Geschichte mit einem Umfang von zwei Milliarden Euro verabschiedet. Diese Mittel fließen vor allem in die umfangreichen Soforthilfen an Unternehmen, Solo-Selbstständige und

## So geht's weiter in Hessen

Beschlüsse vom 7. Mai 2020

Ab 9. Mai dürfen wieder öffnen:

- Geschäfte, unabhängig von Verkaufsfläche
- Kultureinrichtungen
- Breitensport ohne Kontakt (Tennis, Golf, u.ä.)

Ab 15. Mai dürfen wieder öffnen:

- Restaurants, Gaststätten, Biergärten
- Hotels, Pensionen, Privatzimmer
- Campingplätze und Ferienwohnungen
- Fitnessstudios

Großveranstaltung = mehr als 100 Personen

Alle Infos im Detail: [corona.hessen.de](https://corona.hessen.de)



Vereine aber auch in die Anschaffung von Schutzausrüstung für Schulen und das Gesundheitswesen. Weit über 100.000 Selbständige und Unternehmen haben inzwischen einen Antrag auf Soforthilfe gestellt. Nach knapp vier Wochen konnte so gut 90.000 hessischen Unternehmern mit mehr als 810 Mio. Euro geholfen werden. Hinzu kommen die steuerlichen Maßnahmen, die Programme der KfW, die Bundeshilfen und vieles mehr. Außerdem konnten wir u. a. ein Sofortprogramm zur Unterstützung von Vereinen und Kulturbetrieben auf den Weg bringen, von dem viele Kulturbetriebe und Spielstätten, Festivals sowie in der Laienkultur und der kulturellen Bildung engagierte Vereine profitieren. Eine gewaltige Leistung – wie gerade der Blick in andere Länder zeigt, wo es deutlich mehr Probleme gab.

Gemeinsam haben wir viel erreicht und trotzdem gibt es immer noch Bereiche, die stark unter der Krise leiden. Diese müssen wir im Blick behalten. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium mit Fristen und Perspektiven für alle. Das betrifft am prominentesten den gesamten Bereich Gastronomie, Tourismus, Übernachtungsbetriebe und den Sport. Ganze Regionen leben davon, auch in Hessen.

Die in dieser Woche gefassten Beschlüsse der CDU-geführten Landesregierung zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder sind ein weiterer wichtiger Schritt, diese Krise zu bewältigen. Gemeinsam haben wir in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, dass wir vernünftig mit dieser Krise umgehen können. Lassen Sie uns weiter zusammenhalten und achtgeben aufeinander, dann werden wir auch diese Krise gemeinsam bewältigen.





# KOOPERATION MIT DITIB AUSGESETZT

*Armin Schwarz, bildungspolitischer Sprecher*

Ab dem neuen Schuljahr 2020/21 wird der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht in Kooperation mit dem DITIB Landesverband Hessen e.V. („DITIB Hessen“), der bisher in den Klassen 1-6 angeboten wurde, ausgesetzt. DITIB konnte die Zweifel an der grundsätzlichen Unabhängigkeit von der türkischen Regierung bis zuletzt nicht ausräumen.

Der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz hat diese Entscheidung nach eingehender Prüfung der von DITIB eingereichten Unterlagen und auf Basis aktualisierter gutachterlicher Einschätzungen von Prof. Dr. Mathias Rohe (is-

lamwissenschaftlich), Dr. Günter Seufert (turkologisch) und Prof. Dr. Josef Isensee (verfassungsrechtlich) getroffen.

Nach dem Aussetzen der Kooperation wird nun das Fach „Islamunterricht“ als staatliches Angebot für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ausgeweitet. Dabei handelt es sich um einen religionskundlichen Unterricht, der schulrechtlich als Alternative zum Ersatzfach Ethik ausgestaltet sein wird. Der Unterricht wird ausschließlich von staatlichen Lehrkräften und nach vom Land Hessen erarbeiteten Lehrplänen in deutscher Sprache erteilt.



# NOVELLIERUNG DER HESSISCHEN GEMEINDEORDNUNG (HGO) UNTER DACH UND FACH

*Alexander Bauer, Innen- und kommunalpolitischer Sprecher*

Bereits seit längerem diskutiert der Hessische Landtag eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung, die in dieser Plenarrunde ihren Abschluss fand.

Darin werden die Kommunen – wegen der Corona-Pandemie – bei der Erstellung der Haushalte von Bürokratie entlastet und erhalten mehr Zeit für den Gesamtabschluss. Kleinere Kommunen unter 20.000 Einwohnern werden sogar von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses befreit.

Die Gremienarbeit in den Kommunalparlamenten wird verbessert: Mit der Nutzung von E-Mails, der Teilnahme von Mitarbeitern bei nichtöffentlichen Sitzungen und der Wiedereinführung einer Fraktionsmindeststärke in den Städten mit über 50.000 Einwohnern, wird die Arbeit der ehrenamtlichen Mandatsträger erleichtert. Mit der Verkürzung der Mindestwohnsitzdauer werden zudem die Vorschriften im Wahlrecht den aktuellen Bedürfnissen angepasst

Überdies können die Gemeinden in Zukunft zwischen der Beibehaltung des Ausländerbeirats und der Einrichtung

einer Integrations-Kommission wählen. Mit diesem Optionsmodell wird gewährleistet, dass Ausländerinteressen in allen Kommunen ausreichend Gehör finden. Es führt überdies nicht zur Abschaffung der Ausländerbeiräte, denn die bisherigen Regelungen in § 88 HGO bleiben erhalten. Zudem wird die Ausländerbeiratswahl gestärkt indem der Wahltermin auf den Tag der Kommunalwahl gelegt wird. Dadurch können am 14. März 2021 in voraussichtlich 171 Kommunen, mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern verbesserte Partizipationsmöglichkeiten entstehen.

Mit Blick auf die derzeitige Ausnahme-situation haben wir überdies kurzfristig eine weitere Änderung vorgenommen, um für Sitzungen der Gemeindevertretungen, Kreistage oder der Ausschüsse, die aufgrund der kontaktbeschränkenden Regelungen zu Bekämpfung der Corona-Pandemie vielerorts nur in virtueller Form stattfinden, eine praxisgerechte Regelung zur Aufwandsentschädigung (gültig rückwirkend ab dem 20. März 2020) zu ermöglichen. Künftig ist die Gewährung einer angemessenen Aufwandsentschädigung auch für Sitzungen in Form

von Telefon- oder Videokonferenzen möglich, wobei die Entscheidung, ob und in welchem Umfang eine Entschädigung erfolgt der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung obliegt. Dies wird dem Einsatz unserer Ehrenamtlichen – gerade in Corona-Zeiten – gerecht.





◀ Auch in diesen Zeiten ist die Initiative „Nachbarn schützen Nachbarn“ in Mühlheim aktiv. Sie überreichte, unter Einhaltung der Abstandsvorschriften, an das DRK-Seniorenzentrum an der Offenbacher Straße einen Scheck über 500 Euro. Damit sollen die Mitarbeiter des Hauses ein Fest für das ganze Team feiern, wenn die Krise vorbei ist. Diese Form der Dankbarkeit und Solidarität sind ein wunderbares Zeichen. Es hat mich sehr gefreut, dass ich bei der Scheckübergabe dabei sein durfte.

▶ Vereine sind der Kitt unserer Gesellschaft. Gerade das Ehrenamt stärkt in diesen Krisenzeiten den Zusammenhalt und die Solidarität. Daher freut es mich sehr, dass das Land Hessen an der Seite der Vereine steht und sie im Rahmen des Förderprogramms „Weiterführung der Vereins- und Kulturlandschaft“ mit bis zu 10.000 Euro pro Verein fördern möchte. Die finanziellen Mittel werden helfen, existenzielle Nöte abzuwenden und die wichtige Arbeit vor Ort über die Krise hinaus zu sichern, damit wir alle noch lange von unserer vielfältigen Vereinslandschaft profitieren und die große Bandbreite der Vereine erhalten können.  
(Das Bild ist aus Zeiten vor den Abstandsregeln!)



◀ Ein Bescheid über 314.00 Euro wurde der Stadt Mühlheim übersendet. Das Geld stammt aus dem Regionallastenausgleichsgesetz für besonders stark von Fluglärm belastete Kommunen. Es freut mich ganz besonders, dass Mühlheim davon profitiert und den Bürgerpark damit umgestalten möchte. (Archivfoto)

## IMPRESSUM

### CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552  
E-Mail: [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
[twitter.com/cdu\\_fraktion](https://twitter.com/cdu_fraktion)  
[facebook.com/cdufraktionhessen](https://facebook.com/cdufraktionhessen)  
[www.instagram.com/cdufraktion](https://www.instagram.com/cdufraktion)

### Ismail Tipi MdL

Wahlkreis Offenbach-Land II  
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611 - 350-710 | Fax: 0611 - 350-1710  
[i.tipi@ltg.hessen.de](mailto:i.tipi@ltg.hessen.de) | [www.ismail-tipi.de](http://www.ismail-tipi.de)  
Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, hessen.de  
[cdu.de](http://cdu.de), [cduhessen.de](http://cduhessen.de)